

MENSCHENRECHTSLAGE IM IRAN



Die Islamische Republik Iran ist ein Unrechtsstaat und missachtet systematisch die Rechte ihrer Bürger. Angehörige ethnischer, religiöser und politischer Minderheiten sind im Iran vielfacher Diskriminierungen ausgesetzt. Die IGFM veröffentlicht hier regelmäßig Berichte und informiert über die Menschenrechtssituation im Iran.

Menschenrechtslage in Iran

IGFM-Bericht vom 24. Januar 2024

Die Hinrichtungsmaschinerie der Islamischen Republik hat am 23. Januar 2024 zwei weitere Gefangene willkürlich getötet: Mohammad Ghobadlou, einen inhaftierten Demonstranten, und Farhad Salimi, einen kurdischen Sicherheitsgefangenen.

Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation HRANA wurden zwischen dem 22. Dezember 2023 und dem 20. Januar 2024 etwa 90 Personen hingerichtet.

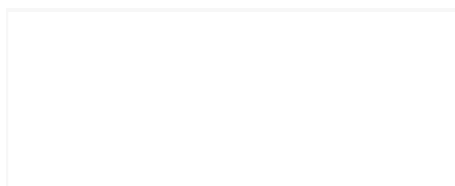
Die Rechtsanwältin Gelaleh Vatandoost wurde vom Revolutionsgericht in der Provinz Kurdistan zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Ihr wird vorgeworfen, Propaganda gegen das Regime in den sozialen Medien betrieben zu haben und Mitglied in Anti-Regime-Gruppen gewesen zu sein. Am 3. Oktober 2022 wurde sie von den Sicherheitskräften in Sanandaj festgenommen und schließlich am 19. Oktober 2022 gegen Kaution aus dem Sanandaj-Gefängnis freigelassen. Die Frauen- und Kinderrechtsaktivistin wurde aufgrund ihrer Aktivitäten mehrfach von den Sicherheitsbehörden vorgeladen und verhört.

Nach den landesweiten Protesten im Jahr 2022 hat die iranische Regierung den [Druck auf Anwälte](#) erhöht. Derzeit befinden sich die Anwälte [Amirsalar Davoudi](#), [Mohammad Najafi](#), [Arash Keykhosravi](#) und Jalal Fatemi im Iran in Haft. Die Urteile für die [übrigen Anwälte](#), die in den vergangenen Monaten unter Druck gesetzt wurden und auf ein Urteil warten, -stehen noch aus.

Im November 2023 übernahm der [Bundestagsabgeordnete Jonas Geissler](#) im Rahmen des Patenschaftsprogramms der IGFM die politische Patenschaft für Arash Keykhosravi. Seit Juni 2021 setzt sich der [CDU-Bundestagsabgeordnete Norbert Altenkamp](#) für Amirsalar Davoudi ein. Im Juni 2023 hat der [niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil](#) die politische Patenschaft für den inhaftierten Anwalt Mohammad Najafi übernommen.

Bisherige Berichte, nach Datum sortiert

Politische Gefangene im Iran sind auf unsere Unterstützung angewiesen. Informieren Sie sich über ihre Schicksale und wie sich Abgeordnete für ihre Freilassung einsetzen.



Haft verurteilt worden.

[Zurück](#) [13](#) [15](#) [Vor](#)

Weitere Informationen zur Menschenrechtslage im Iran